

Polizeiliche Prävention und Strafverfolgung ist durch die Verfassung legitimiert, auch wenn die Polizei die übertragene Aufgabe hat, im Rahmen der Gefahrenabwehr das Gewaltmonopol des Staates zu exekutieren. Als „Verfassungsarbeiterin“ ist sie verpflichtet, in ihrem Handeln die Grundrechte [Jedermannsrechte (Menschenrechte) und Staatsbürgerrechte] zu wahren. Soweit ihr normativer Anspruch, ihre normative Bindung und die Erwartungen des Bürgers. Ob ihr das in der Einsatzpraxis gegenüber den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelingt, ist eine durch verschiedene Ereignisse in der Öffentlichkeit immer wieder aufgeworfene Frage.

Seit der Wiedervereinigung war und ist der polizeiliche Umgang mit Migranten(opfern) ein in der medialen Öffentlichkeit vehement diskutiertes Thema. Das Fanal war Anfang der 1990er Jahre mit den Angriffen auf Asylbewerber und türkische Migranten (Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen) gesetzt. Da die Täter bzw. die Tatverdächtigen häufig aus der rechten Szene kamen und kommen, konzentriert sich die mediale Aufmerksamkeit und Kritik auf die Frage, ob die Polizei „auf dem rechten Auge blind“ sei. Dazu tragen aktuell das Versagen von Behörden und deren Mitarbeitern angesichts der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“¹ bei und die Nachuntersuchung von einer Vielzahl von Gewalttaten (vollendete und versuchte Tötungen) gegenüber Migranten und anderen Opfergruppen in den Bundesländern², die in der zurücklie-

¹ Ähnliche Vorwürfe sind durch die Medien und den Untersuchungsausschuss der Bundesregierung und des Landes Thüringen auch gegenüber dem Verfassungsschutz geäußert worden.

² Die „AG Fallanalyse rechtsextremistischer Straftaten“ des „Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR)“ hat 3300 Verbrechen zwischen 1990 und 2011 nachuntersucht, ob sie aufgrund von Opfer- und Tatmerkmalen als rechtsextremistisch motiviert beurteilt werden müssen und hat 746 Fälle vollendeter und versuchter Tötung dem Bereich zugeordnet. (Körperverletzung mit Todesfolgen sind nicht berücksichtigt worden, da sie juristisch nicht als Tötung gelten). In der Drucksache des Deutschen Bundestags,

genden Zeit nicht in der Kriminalstatistik, resp. im Hellfeld berücksichtigt worden sind.

Die Vorwürfe in der Öffentlichkeit und die notwendig gewordenen Nachuntersuchungen werfen zwei Fragen auf: Stimmen die Vorwürfe organisatorischer und individueller polizeilicher Versäumnisse und Defizite? Und welche Gründe sind für das eventuell prekäre Polizeihandeln anzunehmen?

Der Verweis auf Versäumnisse und Fehlleistungen bei polizeilichen Einsätzen sind nicht nur in den Medien unumstritten. Der Untersuchungsausschuss des Bundestags und des Thüringer Landtags zum NSU hat klar die Fehlleistungen, Fehleinschätzungen, Versäumnisse von Mitarbeitern und die Mängel der behördlichen Organisationen bis zum Organisationsversagen herausgestellt (Bericht der Bundesregierung 2013; Drucksache 17/14600; Bericht des Thüringer Landtags 2014; Drucksache 5/8080). Schon 1997 hat der Macpherson–Untersuchungsbericht³ gravierende Defizite der Metropolitan Police (London) anlässlich des Mordes an Stephan Lawrence (1993), einem schwarzen britischen Studenten, durch fünf Täter aufgedeckt. Das Vorgehen der Londoner Polizei sei unsensibel, rassistisch gewesen, die Zeugen wurden nicht angemessen behandelt, die Sprache über das Opfer war beleidigend, die Verdächtigen wurden trotz übereinstimmender Zeugenaussagen nicht festgenommen, die Überwachung der Täter war unorganisiert und bei den Ermittlungen wurden rassistische Motive der Täter nicht berücksichtigt.

Auch müsse man von einem „institutionellen Rassismus“ sprechen. Der Bericht zeigt, dass das Versagen der Polizei angesichts rassistisch motivierter Straftaten nicht nur national auftritt und damit nicht allein durch das „Erbe“ des Nationalsozialismus erklärt werden kann, welches latent oder direkt (rechte Neigungen, Sympathie mit rechtsextremen Tätern der Polizei, Wegsehen) in den Medien (z. B. im „Tagesspiegel“, in „Die Zeit“, in der „Süddeutsche Zeitung“) herausgestellt oder kolportiert worden sind.

18. Wahlperiode 18/343 (S. 7/8) wird der Kriterienkatalog aufgeführt, mit dem die Fälle auf rechtsextremistische Motivierung untersucht worden sind: „Herkunft, Nationalität, Volkszugehörigkeit, ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit, Hautfarbe, (insbesondere Ausländer, aber auch deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund); Religion, Weltanschauung...; politische Einstellungen...; gesellschaftlicher Status (z. B. Obdachlose, Drogenabhängige, Angehörige kriminellen Milieus/mutmaßliche Straftäter, Deutsche in Ehe- und Liebesbeziehungen mit Ausländern)... und die Tathandlung.“

³ William Macpherson, der die polizeilichen Ermittlungen zum Mord an Stephen Lawrence nachuntersuchte, ist ein pensionierter Richter des Hohen Gerichtshofs (High Court). Macpherson–Untersuchungsbericht. <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200809/cmselect/cmhaff/427/427.pdf> (Stand: 22.02.2013).

Welche Gründe sind maßgeblich für das Wegsehen bzw. die Versäumnisse von Polizeibeamtinnen und -beamten, für ihre die Migrantenopfer beleidigende Ausdrucksweise, für ihre Unsensibilität, wie sie im Macpherson-Bericht beklagt wird? Mögen die Fakten zum polizeilichen Handeln stimmen, die Gründe dafür sind nur zu einem Teil untersucht. Es gibt für den Ursachen-Wirkungszusammenhang einige Untersuchungen, die in der Regel nicht repräsentativ sind; es mangelt an verlässlichen Wiederholungsuntersuchungen. Auch – und dies ist eine große Forschungslücke – fehlen Untersuchungen, die das Interaktionsverhältnis zwischen Polizei und Migranten(opfern) erforschen. Durch solche Studien würde erreicht, von dem vorab moralisierenden Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit der Polizei (zumindest durch die Medien) wegzukommen und die Interaktionssituation zum Ausgangspunkt möglicher wechselseitiger Missverständnisse, Stereotypisierungen und Missachtungen aber auch von Überdruß und Resignation der Polizeibeamtinnen und -beamten zu nehmen. Bisher liegen in diesem Zusammenhang nur Studien mit geringen Informationen vor.

In solchen Situationen ist es sinnvoll und zweckmäßig, das Forschungsfeld zunächst mittels einer qualitativen Untersuchung zu elaborieren, auch um für künftige Untersuchungen eine solide Planungsgrundlage zu haben. Zum Ersten muss solch eine Studie valide sein, d. h. die Vorurteile, Vorannahmen und Unsensibilitäten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gegenüber Migrantenopfern möglichst wahrheitsgetreu erfassen oder zeigen, dass solche nicht vorliegen. Gleiches gilt die für die Sicht der Opfer auf die Einsatzbeamten. Zum Zweiten sind die Ursachen-Wirkungszusammenhänge für das polizeiliche und Opfer bezogene Handeln fallbezogen herauszuarbeiten. Zum Dritten sollte die Untersuchung je nach forschungsleitenden Interessen z. B. Anhaltspunkte ergeben, wie der polizeiliche Umgang mit Migranten gefördert werden kann. Genau diese Anforderungen werden von der vorliegenden Untersuchung „Polizeilicher Umgang mit migrantischen Opferzeugen – Eine qualitative Untersuchung zur wissenschaftlichen Aufklärung von Vorwürfen mangelnder Sensibilität von Polizeibeamtinnen und -beamten in Einsätzen bei vorurteilsmotivierten Straftaten“ angestrebt.

Der Umgang der Polizei mit migrantischen Opfern

Eine qualitative Untersuchung

Asmus, H.-J.; Enke, Th.

2016, IX, 221 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-10439-9